

rechtzeitig zum Valentinstag ist es doch schön, von den Herzensangelegenheiten unserer Lebensmittelkonzerne zu erfahren. Allerdings gibt es berechtigte Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Nachzulesen im „Senf“. Außerdem berichten wir über mutige und entschlossene Menschen. Die beiden „Randnotizen“ sind eigentlich auch Mutmachgeschichten. Aber davon kann es ja in diesen Zeiten nicht genug geben! Es geht um „Sichere Häfen“ und einen „Schwarm Sardinen“. Selbst in dem Ort, der mit dem Attribut „Gift, giftiger, La Oroya“ ausgestattet wurde, gibt’s einen Hoffnungsschimmer: In der Person von Pedro Barreto, dem „Umwelt-Kardinal“ aus Peru. Von der unsäglichen Situation in La Oroya ist der thematische Weg zum Vortragsthema „All you need is less“ ganz kurz. Prof. Dr. Niko Paech spricht in Reutlingen und die Initiatoren von Xäls eG sind an dem Abend auch mit von der Partie. Und wenn Sie noch nie Blumenkohl im Ofen geröstet haben, dann lassen Sie sich von unserem Rezeptvorschlag dazu animieren. Viel Spaß beim Lesen und beim Essen!

Christina Schneider
Nikolai Schneider



Niko Paech-Vortrag:
„All you need is less“

20.02. VOLKSHOCHSCHULE REUTLINGEN

Prof. Dr. Niko Paech ist einer der prominentesten Vertreter der Postwachstumsökonomie. 2008 bis 2016 am Lehrstuhl Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, lehrt und forscht er seit 2016 an der Universität Siegen. Er ist u. a. Autor des Buchs “Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie” (2012).

Moderation: Dr. Ulrich Bausch
www.ml.onl/2m

Podiumsdiskussion: „Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis“

04.03. WELTETHOS INSTITUT, TÜBINGEN

Gäste: Christian Eichert (Geschäftsführer Bioland, Baden-Württemberg), Günter Grzega (ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG), Tobias Ott (Geschäftsleiter, Gesellschafter pagina, Tübingen), Michael Schneider (Geschäftsleiter, Der Marktladen & Vorstand Xäls eG, Tübingen), Frank Wößner (Vorstandsvorsitzender Samariterstiftung, Nürtingen)
www.ml.onl/2o

GERÖSTETER BLUMENKOHL MIT SIZILIANISCHER TOMATENSAUCE



MENGENANGABE FÜR 4 PORTIONEN

- FÜR DEN BLUMENKOHL**

 - 2 kg Blumenkohl
 - 2 EL Kokosfett
 - 3 TL gelbes Currypulver
- 1 Aubergine
 - 4 Stiele Staudensellerie
 - 100g Rosinen
 - 50g Kapern
 - 1 scharfe Chili
 - 2-3 TL Salz
 - 1 EL Zucker
 - 1 Bund Petersilie

Wenn sich bei Ihnen beim Gedanken an Blumenkohl eine fade Gleichgültigkeit breitmacht, dann liegt es wahrscheinlich daran, dass Sie mit dem Gemüse vor allem die undefinierbaren Klumpen verbinden, die häufig in Kantinen von traurig blickenden Mitarbeiter*innen auf grau-melierte Tablett geschaufelt werden. Dass der feine Kohl mit dem wolkigen Äußeren auch ganz anders kann, zeigt sich, wenn man ihn nicht pflichtschuldig zu Matsch zergart, sondern im Ofen röstet.

Dazu gibt es verschiedene Herangehensweisen. Wir „fusionieren“ in diesem Rezept einen indisch gewürzten Kohl mit einer sizilianisch inspirierten süß-sauer-scharfen Tomatensauce. Wer auf Saisonalität wert legt, kann die Aubergine einfach weglassen.

- Den Kohl in Röschen zerteilen. Mit etwas Kokosfett (falls es im kalten Zustand fest ist, leicht erwärmen) und Currypulver vermischen und auf einem Blech mit Backpapier verteilen. Dann für ca. 25-30 Minuten in den mit Umluft auf 180°C geheizten Ofen geben.
- In der Zwischenzeit die Zwiebeln schälen, in dünne Spalten schneiden und bei mittlerer Hitze mit Olivenöl in einem Topf andünsten. Die Aubergine und den Stängensellerie würfeln.
- Wenn die Zwiebeln etwas Farbe bekommen haben, Aubergine und Sellerie dazugeben und mitdünsten, bis sie weich werden. Rosinen, Kapern, die gehackte Chili und die Dosentomaten dazugeben und alles köcheln lassen, bis der Blumenkohl fertig ist.
- Zum Servieren alles mit grob gehackter Petersilie bestreuen.

Dazu kann man gut Couscous oder ein Fladenbrot essen.

Ein Archiv aller bisherigen Ausgaben gibt’s hier:
www.marktlese.de

Noch mehr Neuigkeiten, Fotos & Hinweise auf Veranstaltungen:
www.dermarktladen.de

Jetzt online bestellen. Wir liefern von Montag bis Donnerstag im ganzen Tübinger Stadtgebiet. Bei Bestellung bis 12 Uhr sogar am selben Tag!

shop.dermarktladen.de

IMPRESSUM

DIE MARKTLESE erscheint monatlich und wird herausgegeben von DER MARKTLADEN, Michael Schneider, Vogelbeerweg 4, 72076, Tübingen 07071 56 555 0, redaktion@dermarktladen.de, www.dermarktladen.de
Für den Inhalt verantwortlich: Michael Schneider
Alle Rechte vorbehalten. Druckfehler vorbehalten.

Chefredaktion: Michael Schneider
Redaktionelle Mitarbeit: Coco Lasinski, Franziska List
Druck: Uhl-Media GmbH, Kemptener Straße 36, D-87730 Bad Grönenbach
Druck erfolgt klimaneutral auf 100 % Recyclingpapier, chlorfrei gebleicht mit mineralölarmlen Öko-Druckfarben und chemie- und wasserfreier Druckplattenherstellung.
DE-BW-006-19532-B

Randnotizen

Sichere Häfen im Inland

„Sichere Häfen“ ist ein Bündnis aus mittlerweile 120 deutschen Städten, die Mitte Januar 2020 erneut ihre Bereitschaft signalisiert haben, weitere Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufnehmen zu wollen. Dort herrschen nach wie vor katastrophale humanitäre Zustände, wie verschiedenste Medienberichte bezeugen. Doch das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist von Uneinigkeit geprägt. Es geht um Zuständigkeiten und mangelnde Übereinstimmung in Bezug darauf, wie die humanitäre Lage in Griechenland einzuschätzen und welche Konsequenzen zu ziehen notwendig sei. „Sichere Häfen“ forderte ein stärkeres Entgegenkommen von Bund und Ländern. Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD), der Koordinator des Bündnisses, äußerte sich Mitte Januar in Berlin. Er sagte, Seenotrettung sei eine humanitäre und keine politische Maßnahme, und verlangte mehr Handlungsspielraum für die Kommunen. „Die Zahl derer, die bereit sind, diese humanitäre Katastrophe mit abzufangen, die steigt täglich.“ Das Aufenthaltsgesetz gebe entsprechende Möglichkeiten her, auch wenn die grundsätzliche Zuständigkeit beim Bund liege. Laut seinen Angaben leben auf den griechischen Inseln mehr als 1000 Minderjährige, die allein und ohne Familienangehörige die Flucht angetreten haben. Eine Diskussion über Verteilungsschlüssel sei keine angemessene Reaktion auf diese humanitäre Katastrophe, so Schubert. Horst Seehofer ließ verlauten, dass er das Engagement begrüße. Ende Januar waren die Vertreter von „Sichere Häfen“ zu einem ersten Beratungsgespräch im Bundesinnenministerium eingeladen.

Redaktionsnetzwerk Deutschland „Kommunen wollen aus Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aufnehmen.“
www.dml.onl/2n

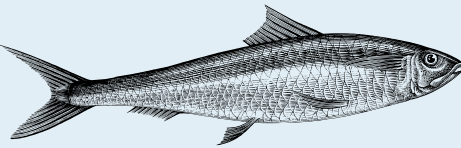
Marktlese

für regionale Wertschätzer & kulinarische Weltenbummler



Über Herzensangelegenheiten von Lebensmittelkonzernen

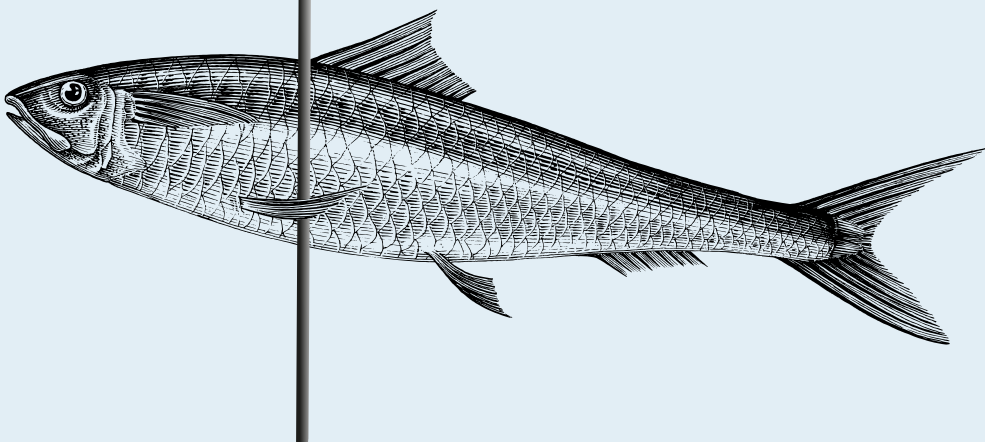
66 | Februar 2020



Sardinen gegen Salvini

Es sollte der ganz große Triumph werden für Matteo Salvini, den Rechtsausleger und ehemaligen Innenminister Italiens. Er wollte die „rote Hochburg“ Italiens, die Emilia-Romagna, im Norden des Landes schleifen. Seit über einem Jahr haben er und seine Mitstreiter*innen keine Regionalwahl mehr verloren. Hier wollte er sein Meisterstück abliefern und dann den Marsch auf Rom antreten: „Erst schicken wir sie am Sonntag nach Hause und dann schmeißen wir die Regierung raus.“ Das ging gründlich schief. Und es war weniger die Überzeugung der Sozialdemokraten und deren Chef Nicola Zingaretti, sondern es war ein großer Schwarm Sardinen (siehe Marktlese vom Januar 2020). Die Wahlanalysten weisen darauf hin, dass die Mobilisierung der erst vor wenigen Monaten gegründeten Protestbewegung „Sardinen“ den Wahlerfolg ermöglichte. Sie füllten die Plätze im Wahlkampf wie niemand sonst. Am Sonntag vor der Wahl kamen 40.000 Anhänger in Bologna zusammen, um gegen Salvini und seine rechtsnationale Politik zu demonstrieren. Laut wikipedia.org versammeln sich Sardinen in riesigen Schwärmen, um sich gegen ihre „Fressfeinde“ zu wehren. Anscheinend auch eine gute Strategie, um rechtsnationale und rassistische Politik in ihre Schranken zu weisen.

spiegel.de „Salvinis Autorität ist angekratzt.“
www.dml.onl/2l

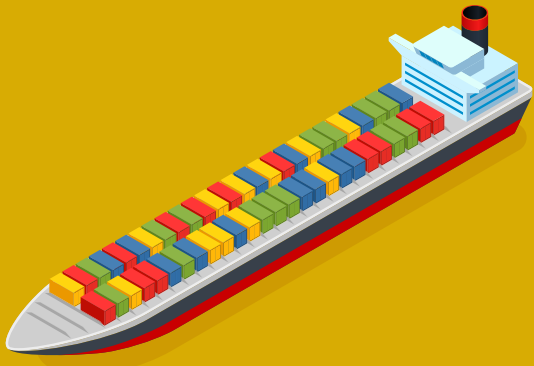


Herzensanliegen? Lieferkettengesetz jetzt!

Wie weit Wunsch und Wirklichkeit doch auseinanderliegen können, ist immer wieder verblüffend. Wir wissen es natürlich schon lange und hätten es auch nicht besser ausdrücken können als Patrick Müller, CEO der Supermarkt-Kette Real: Er bezeichnet das Bio-Sortiment seines Unternehmens als „Herzensanliegen“ und sagt weiter, dass zukünftig „Frische, Regionalität, Nachhaltigkeit und faire Preise groß geschrieben werden“.

Allerdings sieht die „REAL-ität“ ganz anders aus: Am 24.01.2020 meldete der Spiegel Ergebnisse einer *Greenpeace*-Recherche zum Fleischangebot in deutschen Supermärkten. Wenig überraschend: 88 Prozent des Frischfleisches der großen Lebensmittelhändler stammt aus prekären Haltungsbedingungen. Und dann heißt es: „Auf dem letzten Platz landete Real. Das Unternehmen lehnt die Kennzeichnung von Haltungsformen bisher ab – mit der Begründung „das sei für den Verbraucher nur schwer nachvollziehbar““.

Oxfam hat 2019 erneut einen Supermarkt-Check durchgeführt. Eigentlich konnten sich die Konzerne nach den katastrophalen Ergebnissen des ersten Checks 2018 nicht weiter wegducken. Vergleichsweise zügig hatte auch Aldi Süd reagiert und sich mit seiner Gesamtbewertung vom letzten auf den ersten Rang verbessert. Allerdings ist die Gesamtnote „mangelhaft“ unter lauter „ungenügend“ eine überschaubare Verbesserung. Interessant ist, dass die deutschen Großkonzerne auch im internationalen Vergleich sehr schlecht abschneiden. Absolutes Schlusslicht des Checks ist der „wir lieben Lebensmittel“-Händler Edeka, der sich laut *Oxfam* „jedem Fortschritt verweigert“.



Auch bei ihren Zulieferern verfolgen die Großen seit Jahrzehnten das Geschäftsmodell und Erfolgskonzept der Ausbeutung von Mensch und Natur. Und das rund um den Globus. Viele Regierungen arbeiten mit diesen Konzernen Hand in Hand. Germanwatch und Misereor enthüllen in einer Studie im Januar 2020, wie die deutsche Lebensmittelwirtschaft ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten ignoriert. Die Studie legt die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2011 als Maßstab zugrunde. Diese Leitprinzipien betonen die

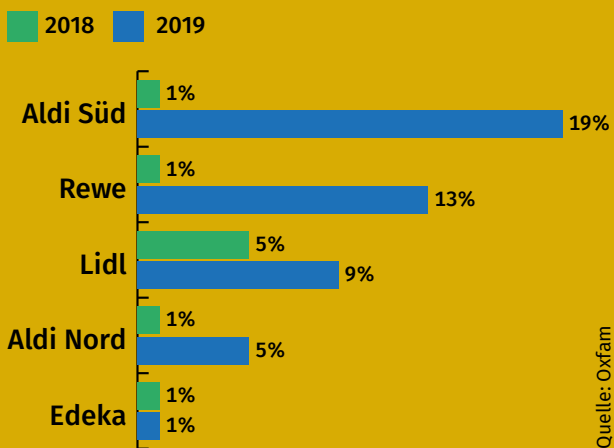
Verpflichtung von Staaten, verbindlich sicherzustellen, dass Unternehmen nicht nur im Inland, sondern auch entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten (d.h. extraterritorial) ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen müssen.

Viele Staaten setzen leider immer noch, allen voran die Bundesregierung, seit Jahren auf Freiwilligkeit der deutschen Konzerne und bremsen damit auch parteiübergreifende Bündnisse aus, wie zum Beispiel die *Responsible Business Conduct Working Group* in Brüssel.

Entsprechend gering fällt auch der „Erfolg“ der bis dato freiwilligen Initiative der deutschen Wirtschaft aus. Lediglich ein Fünftel der befragten Unternehmen erfüllen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht. Und das Ergebnis der Befragung ist womöglich noch geschönt. Denn wie Kritiker*innen der Befragung bemängeln, mussten die Unternehmen keinerlei Nachweise zu ihren Aussagen liefern. Außerdem wird ein großer Teil der Lieferkette einfach außer Acht gelassen. Befragt wurde das „Who is Who“ der deutschen Lebensmittelwirtschaft in den Bereichen Milch-, Geflügelfleisch- und Futtermittelproduktion sowie Agrarchemie.

Dabei entstehen ganz besonders im vorgelagerten Bereich dieser Branchen erhebliche Risiken für Mensch und Natur. Ein Beispiel ist der Soja-Anbau. Die Bohne gilt als wichtigster Proteinlieferant in der industriellen Tierhaltung. Der Anbau führt in Südamerika seit Jahrzehnten zu Landvertreibungen, Regenwaldabholzungen und teils tödlichem Pestizideinsatz.

Oxfam-Supermarktcheck Gesamtwertung



Besonders im Sektor Landwirtschaft und Ernährungsindustrie treten weltweit massive Menschenrechtsverletzungen auf, beklagt die *FAO*, die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen. Dabei vertritt sie die Auffassung, dass die geforderte menschenrechtliche Schutzpflicht von Staaten ganz eindeutig nicht an den eigenen Staatsgrenzen endet und damit der einzelne Staat auch dazu verpflichtet ist, entsprechendes Verhalten von „eigenen“ Konzernen einzufordern und gegebenenfalls gesetzlich durchzusetzen.

Die 20 größten deutschen Unternehmen setzen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht nicht ausreichend um, so das Ergebnis einer Studie des *Business and Human Rights Resource Center* vom November 2019. Zu den Hintergründen äußert sich die Studie folgendermaßen: „Dabei darf davon ausgegangen werden, dass es nicht allein daran liegt, dass die Achtung der Menschenrechte in globalen Wertschöpfungsketten eine komplexe Herausforderung ist. Vielmehr scheint das Thema (noch) keinen großen Stellenwert bei den

Unternehmen zu haben. Dies ist wiederum eine Folge davon, dass die Achtung der Menschenrechte bislang gesetzlich nicht vorgeschrieben ist“.



Die Aktivist*innen der *Initiative Lieferkettengesetz* sind sich einig: „Mit diesem katastrophalen Ergebnis ist auch der letzte Beweis erbracht: Freiwillig tun die Unternehmen viel zu wenig für die Menschenrechte. Diesen Beweis muss die Bundesregierung nun anerkennen und ein Lieferkettengesetz vorlegen.“ Doch eigentlich war in der großen Koalition vereinbart worden, dass die Regierung ein Lieferkettengesetz solange nicht initiiert, bis nicht eine eigene, groß angelegte Unternehmensbefragung bei 3000 Unternehmen ausgewertet ist.

Aber das Desinteresse an der Befragung durch die Unternehmen war so überwältigend, dass es auf die Minister Gerd Müller und Hubertus Heil nachhaltig Eindruck machte. Nur gut 20 Prozent haben sich zurückgemeldet. Und nur 100 von 3000 Betrieben erfüllen nach ungeprüften eigenen Aussagen die menschenrechtlichen Vorgaben. Aus diesem Grund taten sich die beiden Minister zusammen, da die Werte „mehr als ernüchternd“ seien, und traten an die Öffentlichkeit. Das fand der „zuständige“ Wirtschaftsminister Peter Altmaier gar nicht gut und warnte vor wohlmeinenden Schnellschüssen.

Nachweislich versuchen Arbeitgeber – und Wirtschaftslobbyisten – seit Monaten Druck auf Altmaier auszuüben, um das Gesetz zu verhindern. „Mit so einem Gesetz für alle Unternehmen stehe ich ja schon mit beiden Beinen im Gefängnis“, „Dieser Unfug ist so groß, dass er so nicht kommen wird“ und „der Plan eines Lieferkettengesetzes für alle Unternehmen ist schlicht nicht praktikabel“, kritisierte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Im Sommer übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Bis dahin wollen die Minister Müller und Heil einen Entwurf präsentieren, der europäische Zustimmung findet. Da könnte noch ein bisschen öffentlicher Druck ganz hilfreich sein. Unterstützen Sie das Anliegen und unterschreiben Sie die Petition der Lieferketten-Kampagne!

– MICHAEL SCHNEIDER

QUELLEN:

oxfam.de „Weiter schlechte Noten für deutsche Supermarkt-Ketten“ www.dml.onl/2r

zeit.de „Lieferkettengesetz: Für die Wirtschaft derart schädlich“ www.dml.onl/2s

sueddeutsche.de „Schluss mit freiwillig?“ www.dml.onl/2t

spiegel.de „Heil will deutsche Firmen mit Lieferkettengesetz verpflichten“ www.dml.onl/2u



Pedro Barreto: Der Umwelt-Kardinal



„Gift, giftiger, La Oroya“, so betitelte die DW (Deutsche Welle) 2010 einen Bericht über die peruanische Stadt La Oroya. Verantwortlich für die ökologische und soziale Katastrophe dort ist das US-Unternehmen Doe Run Company. Und seine Komplizen: korrupte peruanische Beamte. Abgebaut werden Blei, Zink und Kupfer. Aber bevor wir unsere Hände in Unschuld waschen, hier Details aus einer Pressemitteilung der Freien Uni Berlin und Misereror von vor zwei Jahren: Deutschland gehört neben den USA und China zu den drei wichtigsten Kupfer-Importeuren der Welt! 60 Prozent der Importmenge hierzulande kommen aus Lateinamerika. Eine Studie der baden-württembergischen Landesregierung hat ergeben, „dass die Elemente Lithium, Kobalt, Platin, Nickel, Seltenerdenmetalle und Kupfer aufgrund ihrer zu erwartenden Bedeutung für die E-Mobilität sowie ihrer begrenzten Verfügbarkeit als kritisch einzustufen sind“. Für die Bevölkerung von La Oroya ist die Sache schon seit Jahrzehnten mehr als kritisch.

Es scheint auf dieser Welt keinen Ort zu geben, der unwirtschaftlich genug ist, um jede Hoffnung zu ersticken. In La Oroya verkörpert Kardinal Pedro Barreto die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Er wird der „grüne Kardinal“ genannt und findet klare Worte für die Situation: „In meinem Andenbistum Huancayo liegt die Bergarbeiterstadt La Oroya. Die Stadt gilt als einer der giftigsten Orte der Erde. Der Grund sind die Bleimineralien, die seit 1922 existieren. La Oroya liegt auf 3750 Meter Höhe. Dort nimmt das Blut nur wenig Sauerstoff aus der dünnen Luft auf. Das schwächt die Kräfte der Menschen. Als ich 2004 zum Bischof ernannt wurde, ging ich nach Oroya. Ich habe mich mit den Arbeitern und den Familien solidarisiert und gegen die Blei-, Zink- und Kupferminen protestiert, denn der Bergbau geschieht völlig unverantwortlich. Die extrem giftigen Abwässer werden ungeklärt ausgeleitet. Viele Leute leiden an Asthma, Bronchial- und Nierenkrebs. Kinder haben Blei im Blut.“ Was dort geschehe, sei ein entscheidender Kampf um Luft und Wasser. Dabei gehe es um die Überlebensbedingungen der gesamten Menschheit, so Barreto entschieden. „Es gibt keine Verteilungskrise und davon getrennt von allen gern gesehen. Pedro Barreto kämpft auf der anderen Seite des Erdballs gegen unsere Konsumgewohnheiten und unsere Vorstellung einer ökologischen Zukunft, die gleichzeitig die Zukunft vieler anderen Menschen gefährdet.“

Der grüne Kardinal scheut sich nicht, öffentlich gegen die Minenbetreiber zu sprechen und nimmt damit auch persönliche Risiken auf sich. Denn Gegner des großen Arbeitgebers Doe Run sind nicht von allen gern gesehen. Pedro Barreto kämpft auf der anderen Seite des Erdballs gegen unsere Konsumgewohnheiten und unsere Vorstellung einer ökologischen Zukunft, die gleichzeitig die Zukunft vieler anderen Menschen gefährdet.

– MICHAEL SCHNEIDER

QUELLEN:

publik-forum.de „Der Grüne Kardinal“ www.dml.onl/2p

dw.com „Gift, giftiger, La Oroya“ www.dml.onl/2q

